

Zwischen der

FREIEN HANSESTADT  BREMEN,

vertreten durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

und

**K&S Senioren-Residenz „Am Mühlenfeld“ GmbH, Mühlenfeldstr. 38, 28355 Bremen  
für die Senioren-Residenz „Am Mühlenfeld“**

wird folgende

### **Vereinbarung nach § 75 Absatz 5 SGB XII**

geschlossen:

---

#### **1. Gegenstand**

Gegenstand dieser Vereinbarung ist die Finanzierung gesondert berechneter Investitionskosten nach § 82 Absatz 4 Sozialgesetzbuch (SGB) XI für die vollstationäre Dauerpflegeeinrichtung Senioren-Residenz „Am Mühlenfeld“, Mühlenfeldstr. 38, 28355 Bremen.

#### **2. Leistungsvereinbarung**

Die vollstationäre Dauerpflegeeinrichtung Senioren-Residenz „Am Mühlenfeld“ stellt 86 bezugsfertig ausgestattete Plätze in 64 Einbettzimmern und 11 Zweibettzimmern für nach dem SGB XI pflegebedürftige Menschen zur Verfügung. Eingeschlossen sind auch Menschen mit einem Hilfebedarf nach § 61 SGB XII.

#### **3. Vergütungsvereinbarung**

Für die Bereitstellung und Erhaltung der betriebsnotwendigen Anlagen einschließlich ihrer Ausstattung der o.g. vollstationären Dauerpflegeeinrichtung, werden pro Belegtag und Person Investitionsfolgekosten in Höhe von

**pro Person/tägl. 19,59 Euro**

vereinbart.

Diese Kosten werden vom Träger der Sozialhilfe nur für Personen übernommen, die

a.) einen Anspruch auf stationäre Pflege nach den Leistungsvorschriften des SGB XI oder des SGB XII

**und**

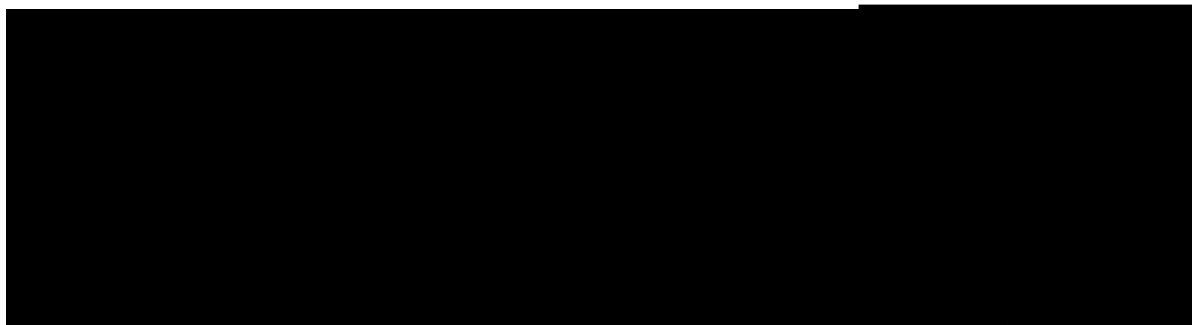
b.) aufgrund ihrer persönlichen finanziellen Verhältnisse einen Anspruch auf Hilfe nach den Vorschriften des SGB XII

haben.

### 3.1 Bemessungsgrundlage

Die Bemessung und Berechnung der Investitionsfolgekosten richtet sich nach den Bestimmungen und Bewertungskriterien der Anlage 4 a zum Bremischen Landesrahmenvertrag (BremLRV) SGB XII ergänzt durch die Verordnung zur Durchführung des Bremischen Ausführungsgesetzes zum Pflege-Versicherungsgesetz (BremAGPflegeVG), neueste Fassung.

Für die o.g. Dauerpflegeeinrichtung Senioren-Residenz „Am Mühlenfeld“ werden folgende investitionsbedingte Folgekosten vereinbart:



**Gesamtbetrag der vereinbarten Investitionsfolgekosten p. a. Euro** [redacted]

Hieraus ergeben sich unter Beachtung der zu berücksichtigenden Belegungstage in Höhe von [redacted] (Mindestauslastung) tägliche Investitionsfolgekosten in Höhe von Euro 19,59 pro Person.

Im Pachtvertrag sind der o. g. Pachtaufwand und die Kosten der Erstausrüstung für das Inventar enthalten. Zukünftige Ersatzbeschaffungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung, die lt. Pachtvertrag zu Lasten des Pächters der Einrichtung gehen und die zu wesentlichen Kostenerhöhungen führen, können nur berücksichtigt werden, wenn darüber zuvor mit dem Kostenträger das Einvernehmen hergestellt wird.

### 3.2 Vereinbarungszeitraum

Die Vereinbarung gilt für die Zeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2019.

### 4. Prüfungsvereinbarung

Zur Berechnung und Vereinbarung der entsprechenden Investitionsfolgekosten für Folgejahre, sind vom Einrichtungsträger die in der Anlage 4 a zum BremLRV SGB XII genannten Unterlagen jeweils bis zum 30.10. des laufenden Jahres beim Kostenträger einzureichen. Diese Unterlagen stellen einerseits die Basis für Folgevereinbarungen und andererseits die Grundlage für Prüfungen dar. Der Träger der Sozialhilfe ist berechtigt vor Ort Prüfungen insbesondere bezogen auf die Ausstattung der Einrichtung vorzunehmen.

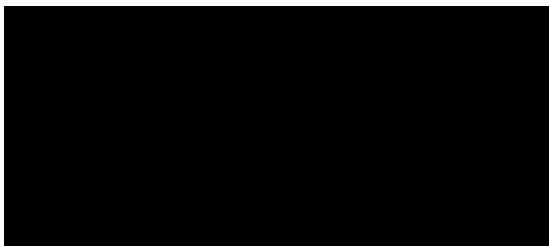
### 5. Sonstige Bestimmungen

5.1 Bei Unwirksamkeit einer Bestimmung dieses Vertrages verlieren die übrigen Bestimmungen ihre Wirksamkeit nicht. Eine unwirksame Regelung ist von den Vertragsparteien durch eine wirksame zu ersetzen, die der unwirksamen in ihrer Auswirkung möglichst nahe kommt. Im Übrigen gelten die Vorschriften der §§ 53 ff. SGB X über den öffentlich-rechtlichen Vertrag.

5.2 Dieser Vertrag unterliegt dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz (BremlFG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des BremlFG im elektronischen Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem BremlFG sein.

Bremen, den 09.01.2019

**Die Senatorin für Soziales, Jugend,  
Frauen, Integration und Sport  
Im Auftrag**



**Einrichtungsträger**

